

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

13. Sitzung

gemeinsam mit dem Ausschuss für Europa und
Städtepartnerschaften der Hamburger Bürgerschaft

am Freitag, dem 24. November 2000, 16:00 Uhr
im Sitzungszimmer 383 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

in Vertretung von Dr. Gabriele Kötschau

Gisela Böhrk (SPD)

Arno Jahner (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (F.D.P.)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Peter Lehnert (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Projekte der Kooperation	4
a) Øresund-Region STRING-Projekt - Gesichtspunkt der parlamentarischen Einbindung in das Projekt	
b) Virtuelle Fachhochschule	
c) Baltic 21 (Umweltschutz im Ostseeraum/Teil der Agenda 21)	
2. Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/435	
3. Kooperationsbereiche	9
a) Ostseeparlamentarierkonferenzen	
• Umgang mit den Ergebnissen der Ostseeparlamentarierkonferenzen	
• gemeinsame Vorbereitung auf die Ostseeparlamentarierkonferenzen	
b) Austausch der Ausschussberichte	
c) Möglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten	

Der Vorsitzende des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden, Abg. Fischer, hebt Abg. Rodust die Bedeutung dieser gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Europa und Städtepartnerschaften der Hamburger Bürgerschaft und des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages hervor. Sie erklärt, leider sei in den Köpfen vieler Menschen- zum Teil auch bei den Parlamentariern - die Europapolitik noch nicht eingepreßt. Von daher glaube sie, dass die Arbeit der beiden Europaausschüsse durch eine engere Zusammenarbeit der beiden Ausschüsse erheblich gestärkt werden könne.

Auch die übrigen Mitglieder der Ausschüsse begrüßen es, dass es zu diesem ersten gemeinsamen Treffen der Ausschüsse kommt. Abg. Röder schlägt in diesem Zusammenhang vor, dass sich die beiden Ausschüsse neben ihren gemeinsamen Sitzungen in Zukunft auch zu anderen interessanten Veranstaltungen in den Ländern gegenseitig einladen sollten, damit es zu einem Austausch auf unterschiedlichsten Ebenen kommen könne.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Projekte der Kooperation

a) Øresund-Region

STRING-Projekt - Gesichtspunkt der parlamentarischen Einbindung in das Projekt

b) Virtuelle Universität

c) Baltic 21

(Umweltschutz im Ostseeraum/Teil der Agenda 21)

a) Øresund-Region

Im Mittelpunkt der Beratungen der beiden Ausschüsse steht die Bedeutung der Øresund-Region als „Boomregion der Zukunft“ und die Möglichkeit der engeren Anbindung der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg an die Region. Dabei betonen die Mitglieder beider Ausschüsse übereinstimmend das große Entwicklungspotenzial der Region und die Notwendigkeit der beiden Länder, die

entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, um an dieser positiven Entwicklung partizipieren zu können.

Abg. Steenblock führt dazu unter anderem aus, dass eine enge Anbindung an die Region nur in enger Kooperation Schleswig-Holsteins und Hamburgs erfolgen könne, nicht in Konkurrenz der beiden Länder zueinander.

Im Zusammenhang mit einer besseren Verkehrsanbindung der Region an Schleswig-Holstein und Hamburg diskutieren die Ausschussmitglieder sodann über die feste Fehmarnbelt-Querung, den Ausbau und Neubau von Autobahnen - hier vor allem die Elbquerung westlich oder östlich von Hamburg - sowie den Flughafen Hamburg/Fuhlsbüttel und seine zukünftige Auslastung.

Weiter beraten die Ausschüsse über das STRING-Projekt unter dem Gesichtspunkt einer stärkeren parlamentarischen Einbindung in das Projekt. Abg. Bühler merkt dazu unter anderem an, dass das Projekt bisher in erster Linie ein administratives gewesen sei, an dem die Politiker seiner Meinung nach nicht hätten sinnvoll beteiligt werden können. Zu fragen sei allerdings, ob jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen sei, wo die Parlamentarier mit eingebunden werden könnten und in welcher Weise das geschehen solle.

Der Vorsitzende fasst die Aussprache dahin gehend zusammen, dass beide Europaausschüsse sich darüber einig seien, dass die Anbindung an die Øresund-Region für die Länder ein sehr wichtiges Thema sei. Für das STRING-Projekt forderten die Ausschüsse für die Zukunft eine Beteiligung der Parlamentarier in geeigneter Form, das heißt unter anderem die Einladung zur nächsten STRING-Konferenz, und von den beiden Landesregierungen nach der Konferenz schnellstmöglich die Vorlage eines Berichtes. Er schlägt vor, dass sich die Ausschüsse danach noch einmal zusammensetzen und über geeignete Beteiligungsmöglichkeiten des Parlamentes sprechen sollten. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Verfahrensvorschlag zu.

b) Virtuelle Fachhochschule

Prof. Dr. Swoboda, Vertreter für die Abteilung für Hochschulangelegenheiten des Hamburger Senats, stellt den Ausschüssen kurz die wesentlichen Merkmale des Bundesprojektes „Virtuelle Fachhochschule“ vor. Er berichtet unter anderem, dass unter der Federführung der Fachhochschule Lübeck zwölf Fachhochschulen und weitere Träger an der Errichtung einer virtuellen Fachhochschule mitarbeiteten. Es werde versucht, zwei neue Studiengänge, nämlich Medieninformatik und Wirtschaftsingenieurwesen, zu konzipieren, um sie dann im Internet - geplant sei ab 2003 - anbieten zu können. Hamburg sei bisher nicht Mitglied im Konsortium gewesen, nun habe man sich aber im Senat entschlossen, sich an diesem Projekt unter anderem mit einem Finanzierungsanteil zu beteiligen.

Zur Finanzierung führt Prof. Dr. Swoboda weiter aus, Ziel sei es, für die einzelnen Studiengänge und ihre Einrichtung im Netz genauso viel Geld auszugeben wie für die Einrichtung eines Studiengangs an einer herkömmlichen Fachhochschule. Bisher werde das Projekt vom BMBF gefördert. Wenn diese Förderung Ende 2003 auslaufe, müssten die Studiengänge über die normalen Haushalte der Fachhochschulen mitfinanziert werden.

Abg. Böhrk weist darauf hin, dass auch darüber nachgedacht werde, die Erfahrungen, die man jetzt in dem Modellprojekt sammle, zu nutzen, um einen virtuellen Ostseecampus einzurichten. Hieran habe vor allem Südschweden großes Interesse gezeigt. Prof. Dr. Swoboda erklärt dazu, dass es zurzeit in dieser Richtung nur erste Gespräche gegeben habe, in denen die unterschiedlichen Philosophien über die Einrichtung und Durchführung von virtuellen Studiengängen ausgetauscht worden seien.

Die Vorsitzende des Europaausschusses der Hamburger Bürgerschaft, Abg. Dr. Brüning, regt abschließend an, das Projekt virtueller Ostseecampus zu nutzen, um den auf der Ostseeparlamentarierkonferenz verabschiedeten „Ring baltischer Universitäten“ mit Leben zu füllen.

c) Baltic 21

Abg. Bühler erklärt, dass das Thema Baltic 21 auf seinen Wunsch hin auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Zur Begründung führt er aus, dass zu diesem Konzept in Hamburg aus Ressourcegründen keine weiteren Aktivitäten stattgefunden hätten. Er habe aber wahrgenommen, dass Schleswig-Holstein hier etwas weiter sei und wolle deshalb wissen, wie man vielleicht die Regierung dazu animieren könne, auf diesem Gebiet verstärkt tätig zu werden.

Abg. Steenblock berichtet, dass sich Schleswig-Holstein für diese Nachhaltigkeitsstrategie für den Ostseeraum, die die Baltic 21 darstelle, sehr stark eingesetzt habe und es nun darum gehen müsse, diese Resolution umzusetzen und konkrete Projekte zu organisieren. Ziel müsse es sein, dass hier ökologische Kooperationen entwickelt und mit den ökonomischen Potenzialen der Anrainerstaaten Investitionen in diesem Bereich finanziert werden könnten, zum Beispiel mithilfe von Unterstützung der Investitionen durch EU-Förder-Programme. Bisher sei neben Schleswig-Holstein nur Mecklenburg-Vorpommern in diese Zusammenarbeit eingestiegen. Hamburg habe sich dagegen eher zurückgehalten. Abg. Steenblock macht deutlich, dass es immer noch nicht gelungen sei, in der deutschen Politik ökologische und ökonomische Zielsetzungen optimal zu verknüpfen. Hier bestehe noch enormer Nachholbedarf.

Der Vorsitzende fasst die folgende Diskussion dahin gehend zusammen, dass die Umsetzung von Baltic 21 in enger Verbindung zur Ostseepolitik stehe und deshalb in Vorbereitung einer Konferenz von den beiden Ausschüssen erneut aufgegriffen werden solle. Die Ausschüsse stimmen dem zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/435

Der Vorsitzende bittet die Mitglieder des Ausschusses für Europa und Städtepartnerschaften der Hamburger Bürgerschaft, sich den Bericht der schleswig-holsteinischen Landesregierung, Drucksache 15/435, kritisch daraufhin durchzulesen, wo die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder auf dem Gebiet der Europapolitik verstärkt werden könne.

Er schlage vor, auf einer der nächsten gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse das Thema erneut aufzunehmen und gemeinsam zu überlegen, inwieweit die norddeutsche Zusammenarbeit im Hinblick auf Europa konkreter und weiter ausgebaut werden könne.

Die Vorsitzende, Abg. Dr. Brüning, kündigt an, dass der Europaausschuss in Hamburg diese Anregung gern aufnehme und sich in seiner nächsten Sitzungen mit dem Bericht beschäftigen werde. Danach könnten die Ausschüsse gemeinsam über weitere Schritte beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Kooperationsbereiche

a) Ostseeparlamentarierkonferenzen

- Umgang mit den Ergebnissen der Ostseeparlamentarierkonferenzen
- gemeinsame Vorbereitung auf die Ostseeparlamentarierkonferenzen

b) Austausch der Ausschussberichte

c) Möglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten

Die Mitglieder der Ausschüsse diskutieren über eine Veränderung der Struktur der Ostseeparlamentarierkonferenzen.

Abg. Fischer macht deutlich, dass die Struktur der Ostseeparlamentarierkonferenz dahingehend geändert werden müsse, dass die dort gefassten Beschlüssen auch zu Konsequenzen führten und auf der folgenden Konferenz jeweils eine Art Controlling stattfinden könne.

Abg. Bühler merkt an, dass auch er sich eine größere Wirkung vorstellen könne, die von der Konferenz ausgehen könne. Er warne aber davor, dass Deutschland allein versuche, die Konferenz neu zu strukturieren und zu regeln. Darauf reagierten viele Länder, vor allem die skandinavischen Länder, sehr empfindlich. Er erklärt weiter, die Wirksamkeit der Konferenz, die an sich kein Mandat für die Durchsetzung ihrer Beschlüsse habe, könne man am besten dadurch verstärken, dass die von der Konferenz gefassten Beschlüsse in den Parlamenten der beteiligten Länder aufgenommen und dort noch einmal bekräftigt würden. Der Europaausschuss der Hamburger Bürgerschaft werde deshalb seinem Senat die gefassten Beschlüsse der letzten Ostseeparlamentarierkonferenz sozusagen als Hausaufgabe aufgeben.

Abg. Machaczek weist darauf hin, dass die einzelnen Teilnehmer der Konferenz in der Vergangenheit zum Teil sehr wenig dazu beigetragen hätten, der Konferenz zu einem stärkeren Gewicht zu verhelfen. So habe bisher wenig Vor- oder Nacharbeit stattgefunden. Sie schlage deshalb vor, in Zukunft im Vorfeld der Konferenz zu überlegen, welche Themen die jeweiligen Länder einbringen wollten und zu versuchen, diese Interessen dann auch auf nationaler Ebene zu bündeln, damit Deutschland auch mit einer Stimme sprechen könne. Vielleicht müsse man sich dabei weniger, aber dafür konkreteres vornehmen.

Abg. Steenblock schließt sich dieser Auffassung an und erklärt, auf der Tagesordnung der nächsten Konferenz werde das Thema Schiffssicherheit stehen. Damit werde ein konkretes Thema diskutiert, bei dem man über bestimmte Defizite im Ostseeraum und über internationale Umsetzungsstrategien im Einzelnen sprechen könne.

Abg Dr. Brüning weist darauf hin, dass neben den harten Themen auf der Konferenz auch weiterhin die Möglichkeit bestehen bleiben müsse, inoffizielle Gespräche zu führen. Diese seien für alle Konferenzteilnehmer in der Vergangenheit sehr wichtig gewesen. Im Übrigen wünsche auch sie sich eine effektivere Gestaltung der Konferenz.

Zusammenfassend stellt der Vorsitzende fest, dass man bei einer strukturelle Änderung der Ostseeparlamentarierkonferenz sehr sensibel vorgehen müsse. Deshalb sollten die norddeutschen Länder zunächst versuchen, enger zusammenzuarbeiten und gemeinsam Themen einzubringen. Beide Ausschüsse hätten sich darüber hinaus verständigt, in Zukunft eine stärkere Vorbereitung und eine stärkere Nachbereitung der Konferenz entweder in den Ausschüssen selbst oder in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Delegationen vorzunehmen.

Als Ergebnis der gemeinsamen Sitzung der beiden Europaausschüsse stellt der Vorsitzende noch einmal folgende Punkte zusammen:

Zum einen hätten die Ausschüsse beschlossen, sich gegenseitig zu interessanten Veranstaltungen in das jeweils andere Land einzuladen.

Zum anderen seien die Ausschüsse übereingekommen, die Entwicklung der Øresund-Region gemeinsam im Auge zu behalten und zu begleiten und hätten dazu den Wunsch geäußert, in das STRING-Projekt stärker eingebunden zu werden.

Ferner hätten die Ausschussmitglieder mit der heutigen Sitzung den Einstieg in die Diskussion über die norddeutsche Kooperation im Hinblick auf europapolitische Fragen gemacht. Die Beratungen sollten - unter anderem im Zusammenhang mit dem Bericht der schleswig-holsteinischen Landesregierung über die norddeutsche Zusammenarbeit - in einer weiteren gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse vertieft werden.

Außerdem sei vereinbart worden, die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz von den beiden Ausschüssen gemeinsam vorzubereiten, daneben werde eine Nachbereitung der Konferenz in den jeweiligen Parlamenten angestrebt.

Die Vorsitzende, Abg. Dr. Brüning, lädt zum Schluss die Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Europaausschusses zur nächsten gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse nach Hamburg ein. Als Termin schlägt sie die Europawoche Anfang Mai 2001 vor.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 18:00 Uhr.

gez. Rolf Fischer

Vorsitzender

gez. i.V. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin